

Informationsbrief der Bundes SGK 17/2009

für sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

Berlin, den 26. Oktober 2009

- 1. Schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung bedroht die Kommunen**
- 2. Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ am 27./28. November 2009 in Springe**
- 3. Kommunalkongress „Starke Kommunen – Starkes Land!“ der SPD Niedersachsen am 21. November 2009 in Hannover**

1. Schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung bedroht die Kommunen

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP enthält viele Vorhaben, die zur Verschlechterung der Einnahmen der Kommunen und gleichzeitig zur Erhöhung der Sozialausgaben führen werden. Die schwarz-gelbe Regierung schwächt die Kommunen und gefährdet damit die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Deutschland.

Die wichtige kommunale Einnahmenquelle, die **Gewerbsteuer**, wird komplett in Frage gestellt. Unter der Überschrift „Mittelfristige Ziele für die Unternehmensbesteuerung“ wird die Einsetzung einer „Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung“ angekündigt. Weiter heißt es: „Diese soll auch den Ersatz der Gewerbsteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.“ Dieser Vorschlag zum Ersatz der Gewerbsteuer ist bereits in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzien im Jahr 2003 verworfen worden, da er keinen gesicherter Ersatz für die Gewerbsteuer bietet und zugleich die Bürger erheblich belastet, während die Wirtschaft entlastet wird.

Der Angriff auf die Gewerbsteuer ist bereits eröffnet. Schon ab 01. Januar 2010 soll die Hinzurechnung von Immobilienmieten von 65% auf 50% bei der Gewerbsteuer abgesenkt werden.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Detlef Raphael, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

Die Bundeskanzlerin hat somit ihr Wort gebrochen. Gleich zweimal hat die Bundeskanzlerin im Mai 2009 vor den Repräsentanten der Städte und Gemeinden, sowohl beim Deutschen Städtetag als auch beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, ein klares Bekenntnis zur Gewerbesteuer abgegeben. Sie sagte u.a.: „Ich habe auf dem Deutschen Städtetag eine Zusage gemacht, die wir auch halten werden: Die Gewerbesteuer bleibt unangetastet, daran werden wir in keiner Weise rütteln. Das ist für die Kommunen absolut wichtig.“

Weitere Einnahmeausfälle drohen den Kommunen aus der **Senkung der Einkommensteuer**. Knapp 4 Mrd. Euro **weniger Einnahmen** würden die Pläne der schwarz-gelben Koalition **für die Kommunen** bedeuten. Da nützt es auch nicht, dass am Ende der Koalitionsvereinbarung ein allgemeines Bekenntnis zu den Kommunen abgegeben wird. Klare Aussagen zur Stärkung der Kommunen oder gar zur Hilfe für immer mehr Kommunen, die von extremer Haushaltsnotlage geprägt sind, sind in der Koalitionsvereinbarung nicht zu finden.

CDU/CSU und FDP wollen die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose zerschlagen: „Die Koalition will die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierung für Langzeitarbeitslose im Sinne der Menschen neu ordnen. ... Dabei gilt es, die Kompetenz und Erfahrung der Länder und der Kommunen vor Ort sowie der Bundesagentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung für die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen zu nutzen.“ Die Absicherung der Arbeit der 69 Optionskommunen und die grundsätzliche Zusage, die Finanzbeziehungen in diesem Bereich erhalten zu wollen, ist nur ein schwacher Trost für die Kommunen. Die bisher gut funktionierende Kooperation in den Jobcentern der Arbeitsgemeinschaften muss bis Ende 2010 getrennt werden. Das erzeugt hohe Kosten bei den Kommunen, umfängliche Umstrukturierungen für das Personal, die Installierung neuer EDV und für die vielen betroffenen Langzeitarbeitslosen deutlich mehr Aufwand, um SGB II-Leistungen erhalten zu können. Die vorgesehenen Veränderungen im SGB II-Leistungsrecht werden den Langzeitarbeitslosen nicht helfen, sondern sie eher belasten, wie beispielsweise die angekündigte Pauschalierung der Wohnkosten und die weitere Reduzierung der Arbeitsmarktprogramme.

Wie ein roter Faden zieht sich die Leitlinie „**Privat vor Staat**“ durch die Koalitionsvereinbarung, mal deutlicher, mal versteckt in Nebensätzen in unterschiedlichen Kapiteln: „Staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten sind konsequent zu überprüfen und bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit mit Hilfe des privaten Anbieters umzusetzen.“ Oder: „Unser Leitbild ist dabei ein unternehmerisch und wettbewerbsrechtlich ausgerichteter ÖPNV. Dabei werden wir den Vorrang kommerzieller Verkehre gewährleisten.“

Auch hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an ihrem angekündigten Vorhaben fest, **„Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter insbesondere bei der Umsatzsteuer“** herzustellen. Dies würde bedeuten, dass alle kommunalen Unternehmen im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen müssten. Dies würde wiederum zu deutlichen Gebührenerhöhungen und Mehrbelastungen für die Bürger führen.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Detlef Raphael, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de

In vielen weiteren Handlungsfeldern wird auf die Bedeutung der Kommunen für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen Bezug genommen, wie beispielsweise beim Ausbau der Kinderbetreuung und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Doch an keiner Stelle der Koalitionsvereinbarung wird klar gesagt, wie weitere qualitative und quantitative Leistungsverbesserungen von den Kommunen finanziell bewältigt werden sollen.

Zentrale Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände, die in den letzten Wochen an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag gerichtet worden sind, werden von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht beachtet oder sogar – wie bei der Gewerbesteuer – schlicht vom Tisch gewischt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verlagert Lasten auf die Kommunen und entzieht ihnen noch Mittel zur Bewältigung der Herausforderungen. CDU/CSU und FDP wollen eine unsoziale Politik zu Lasten der Kommunen betreiben.

Weitere Einschätzungen aus kommunaler Sicht zur Koalitionsvereinbarung:

www.staedtetag.de; www.dstgb.de; www.landkreistag.de.

2. Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“ am 27./28. November 2009 in Springe

Für das am **27./28. November 2009** in Springe stattfindende **Seminar der Bundes-SGK „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen“** sind noch Plätze frei. Erfolgreiche Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer werden aufzeigen, wie mit einer guten Kommunikation und den richtigen Botschaften eine Wahl gewonnen werden kann. Welche Wahlkampfinstrumente schaffen Erfolg? Wie mobilisieren wir die Wähler für uns? Wie finden wir Kandidaten/innen, die Wahlen gewinnen können? Zu diesen und weitere Fragen werden auf dem Seminar Antworten gegeben. Wir wären Euch dankbar, wenn Ihr interessierte Genossinnen und Genossen auf das Seminar der Bundes-SGK hinweisen würdet. Das Programm des Seminars und der Anmeldebogen können abgerufen werden über www.bundes-sgk.de.

3. Kommunalkongress „Starke Kommunen – Starkes Land!“ der SPD Niedersachsen am 21. November 2009 in Hannover

Die SPD Niedersachsen veranstaltet am 21. November 2009 in Hannover ihren ersten Kommunalkongress unter dem Motto „Starke Kommunen – starkes Land!“. Auf diesem Kongress sollen die zentralen kommunalpolitischen Themen, wie beispielsweise die Zukunft des Ehrenamtes, die Sicherung leistungsfähiger Daseinsvorsorge und gute Bildungspolitik erörtert werden. Weitere Informationen sind abrufbar unter: http://www.spd-niedersachsen.de/_termine/2009/106122.php.

Informationsbrief der Bundes-SGK

Bundes-SGK · Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin · Tel.: (0 30) 2 59 93-9 60 · Fax: (0 30) 2 59 93-9 70 · E-Mail: info@bundes-sgk.de

Verantwortlich: Detlef Raphael, Geschäftsführer

www.bundes-sgk.de